

in Erklärungen der Regierung.

der Entwurf der Antwort des Ministerpräsidenten nach Prest-Bittowst an den Grafen Czernin telegraphiert werden mußte, um seine Zustimmung und Abänderungsvorschläge entgegenzunehmen. Seine Antwort ist sehr spät eingetroffen, hat sich aber in allem Wesentlichen mit dem Entwurf der Regierung gedeckt.

Was die Regierung über den Frieden sagt, ist das Wichtigste. Denn diese Idee des Friedens steht im Brennpunkt des Interesses der Arbeiter. Die Befürchtung, daß die Verhandlungen scheitern könnten, war die eigentliche Ursache der Auslandsbewegung. Wir, die wir verhandelt haben, sind der Ansicht, daß die Erklärung des Ministers ausreichen kann. Sie ist selbstverständlich leider nicht die Mitteilung, daß der Friedensvertrag geschlossen ist oder daß er an einem bestimmten Tage unterzeichnet werden wird; aber sie ist eine Erklärung, daß die Regierung dafür bürgt, daß der Friede an Abständen von Eroberungen oder an sonstigen selbständigen Gründen nicht scheitern kann.

Wichtig für uns war auch, was die Regierung über Polen sagt. Wir haben leider schon gelesen, daß Trojky nach Petersburg fahren mußte und etwa eine Woche wegbleiben werde. Die Regierung erklärt nun, daß das absolut keine Störung der Verhandlung bedeute und daß die Abreise Trojky's nur aus Gründen Rußlands selbst erfolgte. Wir können aber doch nicht so lange im Ausland bleiben, bis Trojky zurückkommt. Der Wert der Regierungsvorschläge liegt nicht in den Worten, die die Regierung zu uns spricht, nicht im Text, sondern in der Tatsache, daß die Regierung vor den von der Masse Gewählten ihr Wort versichert hat, daß sie alles daransetzen werde, den Frieden herbeizuführen. Die Macht der Arbeiter hat sich gezeigt. Wir glauben, daß die Antwort als genügend zu erachten ist und eine ernste Friedensgarantie darstellt.

Die zweite Frage, die über die Ernährung, ist schwer zu lösen. Was wir aber verlangen, das ist, daß mit dem Wenigen, was da ist, hausgehalten, daß es gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung aufgeteilt werde. Wir haben gegen die Erklärung des Ernährungsministers noch eingemendet, daß sich die Ungarn weigern, uns genügend zu versorgen. Minister Höfer hat darauf verwiesen, daß die Vorschriften in Ungarn zwecks Aufbringung der nötigen Mengen verschärft wurden und daß auch die österreichische Regierung mehr darauf sehen werde, daß wir größere Zuschüsse erhalten.

Eine weit schwierigere Verhandlung gab es in der Frage des Gemeindevahlrechtes. Die Regierung hat zunächst das große Bedenken gehabt, daß das Gemeindevahlrecht doch nicht nach denselben Grundsätzen gestaltet werden kann wie das Reichratswahlrecht, und führte die üblichen Einwände an, wie die Verschiedenheit der Wahlklassen und Steuern, das historische Gewandene der Wahlkörper u. s. w. Wir haben aber unerschütterlich an dem Grundsatz des gleichen Wahlrechtes auch in der Gemeinde festgehalten. Wir können nach diesem Kriege, der gezeigt hat, daß alle Schichten und alle Stände, insbesondere aber die Arbeiterklasse an der Gemeindeverwaltung gleich beteiligt sind, nicht mehr zugeben, daß diese Gesamtheit länger von dem gleichen Wahlrecht ausgeschlossen bleibe. Wir haben die großen Schwierigkeiten der Verhandlungen überwunden. Insbesondere auch den Einwand der Regierung, daß das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes angewendet auf die Gemeinde eine ungeheure Gefahr für das deutsche Volk in dieser Zeit bedeuten müsse. Wir weisen darauf hin, daß die deutschen Arbeiter nicht minder ein Bestandteil des deutschen Volkes sind als die Bourgeoisie. Wir wissen, daß die Ausbeutung des Wahlrechtes nur der gesamten Nation zum Nutzen gereichen kann und muß, und so sehr wir anerkennen, daß die Rechte der Deutschen nicht geschmälert werden dürfen, werden wir unerschütterlich auf dieser Forderung der Arbeiterklasse beharren. Es gibt Wege genug, nationale Interessen zu sichern. Das hat man am Reichratswahlrecht gesehen. Was das Frauenwahlrecht betrifft, haben wir darauf hingewiesen, wie sich die Frauen im Kriege betätigt und bewährt haben. Das alles wurde uns gegeben. Das alles sehe man ein und sehe die Berechtigung des aktiven Wahlrechtes der Frauen ein. Aber das passive Wahlrecht sei unmöglich. Wir haben erklärt, daß wir davon nicht abgehen können. Wir müssen darauf bestehen, daß das Frauenwahlrecht endlich seine Anerkennung findet, und müssen verlangen, daß eine Regierung, die über das Gemeindevahlrecht öffentlich spricht, ausdrücklich erklärt, daß sie nach den Erfahrungen dieses Krieges nicht das Recht hat, einer Gemeindevahlordnung die Sanktion zu verweigern, die das Frauenwahlrecht festlegt. Endlich haben wir verlangt, daß das vom niederösterreichischen Landtag im Jahre 1914 beschlossene Gesetz über die Wahlreform für die Industriegebiete, dessen Sanktionierung der Stürgkh vorbereitet hat, zur Sanktion vorgelegt werde und daß die nächsten Wahlen in Niederösterreich schon nach diesem Gesetz vorgenommen werden. Eine der ältesten Forderungen ist das Proportionalwahlrecht. Auch das hat die Regierung anerkannt.

Auch diese Erklärung gibt uns nicht das Wahlrecht, aber es ist das erste Mal, daß von der maßgebenden Stelle anerkannt wird, daß wir nicht stehen können bei dem demokratischen Wahlrecht für den Reichsrat, sondern daß dieses ausgebeutet wird auf Land und Gemeinde und daß seiner auch die Frauen teilhaftig werden. Ich glaube, es wird keine Wahlreformbewegung geben, in der wir nicht betonen können, daß selbst ein so reaktionärer Faktor wie die heutige Regierung das Recht der Arbeiter auf die Gemeinde anerkennen mußte und das Recht aller Bewohner, ob Mann oder Frau, auf den gleichen Einfluß in der Gemeinde. Ich glaube, daß auch in diesem Punkte die Antwort der Regierung als genügend zu bezeichnen ist, um Beruhigung zu schaffen.

Der letzte Punkt war am schwersten zu erledigen: die Aufhebung der Militarisierung. Das Arbeiterrecht, darauf beharren wir, darf nicht ausgelegt werden von Militärgerichten und der Arbeiter darf wegen seines Verhaltens zum Unternehmer nicht vor das Militärgericht gestellt werden. In allen Staaten sind diese Verhältnisse durch Zivilgesetze geregelt worden, so in Deutschland durch das Hilfsdienstgesetz; das muß auch in Oesterreich möglich sein. Endlich haben wir, nach langen Kämpfen, auch die richtigen Erklärungen erlangt. Die Frage der Militarisierung endlich einer Regelung zugeführt zu haben ist ein gewaltiges Verdienst der Arbeiter. Wer weiß, wie wir uns jetzt seit drei Jahren bemühen, hier Wandel zu schaffen, wer weiß, was die Arbeiterklasse unter diesem Zustand gelitten hat, wird ersehen, was diese Reform bedeutet. Ich glaube, es wird keine Partei im Hause geben, die diesem Gesetz Schwierigkeiten bereiten wird, auch unsere ärgsten Klassengegner werden nicht den Mut haben, diese Zustände zu verteidigen.

In dieser Art wurden also unsere vier Forderungen beantwortet. Es wäre geradezu verantwortungslos und würde der Wahrheit in das Gesicht schlagen, wollte ich sagen, daß das die volle Erfüllung unserer Wünsche wäre. Wir haben nur einen Wunsch: Ende mit dem Kriege! Damit würden natürlich alle anderen Wünsche erfüllt sein. Über ebenso offen müssen wir auch bekennen, daß es in niemandes Macht steht, das heute und sofort zu machen. Was uns gelingen konnte, war, Garantien zu schaffen, daß alle Kräfte, die in diesem Staate wirken — vom Arbeiter bis zum Minister — sich in den Dienst des Friedens stellen. Was von

Bedeutung war, ist, daß wir Garantien haben, daß auch die Regierung alles tun wird, um diesem schrecklichen Menschenblut ein Ende zu bereiten; zu konstatieren, daß es nur ein kleines Häuflein von ein paar hundert Narren gibt, die in Stegfriedensversammlungen gegen den „Eldensfrieden“ wettern. Die große Masse des Volkes, Arbeitsmann wie Regierungsmann erkennen, daß es hoch an der Zeit ist, den Kriege ein Ende zu machen. Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die maßgebendsten Faktoren zum Frieden bekennen und sich verpflichten, daß sie geloben und Bürgschaft leisten, dafür alle Kräfte anzuspannen, um ihn herbeizuführen. Das haben wir faktisch erreicht, und was noch mehr ist, ist die Erkenntnis, was die Kraft der Arbeiter vermag, wenn sie mit Besonnenheit und Ruhe, aber auch mit Energie richtig verwendet wird. Wir haben unsere Kraft erkannt, was die wichtigste Bürgschaft ist — wichtiger als das Versprechen eines Ministers —, daß unsere Forderungen erfüllt werden und daß wir den Frieden erzwingen werden. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick entschlossen, wieder zum äußersten Mittel der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte! (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte. Steiner:

Wir sind, die wir mit ungeheurer Begeisterung in diesen Kampf gezogen sind, natürlich nicht besonders erbaud davon, daß die Regierung eine so langatmige Erklärung benötigt, um zu sagen, was sie beabsichtigt. Aber wir schreiben das auf Rechnung der üblichen Regierungsrouten. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist derartig, daß ich befürchte, daß die Arbeiterschaft vielleicht nicht so leicht erkennen wird, daß was uns die Regierung anbietet, genügt, um uns vorläufig zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gemein bei Fuß zu stehen und treue Wacht zu halten, daß diese Bedingungen auch eingehalten werden. Es war gewiß ein historischer Moment, daß eine k. u. k. Regierung gewissermaßen eine Verbrüderung vor der Arbeiterklasse machen muß. Es ist den Herren nicht so leicht gefallen, mit uns in einer solchen Tonart zu verhandeln, und an nichts konnte man mehr die Macht erkennen, die die Arbeiterklasse erlangt hat. Aber wenn wir auch nicht das alles erlangt haben, was wir wollten, so dürfen wir auch fragen, ob wir denn imstande wären, einen solchen Kampf einige Wochen festzuhalten. Wichtig erscheint mir auch die Zustimmung bezüglich des Gemeindevahlrechtes, denn es gibt kein Land, das ein so erbärmliches Wahlrecht besitzt wie die Gemeinde Wien.

Mit dieser Begeisterung muß es verzeichnet werden, daß wir von den reichsdeutschen Genossen in die Höhe gelassen wurden. Es handelt sich darum, auch die deutsche Regierung, ebenso wie bei uns, zu veranlassen, daß sie eine ebenso entschiedene Friedenserklärung abgibt. In die deutschen Genossen wäre ein entsprechender Appell zu richten. Hauptächlich ist aber trotz der bewundernswürdigen Haltung der Arbeiterschaft ihre Organisation, ihr sozialistisches Bewußtsein noch mehr zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Viktor Adler:

Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war. Wir haben die Forderungen erhoben: Friede, Demokratie und Brot! Der Ernährungsminister hat uns Leid getan. Man hat es ihm angesehen, er gäbe gern etwas, aber er kann es nicht. Aber ich glaube, es ist doch ein Schritt geschehen, daß das Vorhandene vernünftiger verteilt wird. Es wird das Widersprüchliche bei den Agrariern, aber dieser wird nicht hindern, daß das geschehe, soweit man es heute machen kann.

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle. Aber wir haben ein D o k u m e n t, das nicht nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Erstens ist festgelegt worden, daß der Kaiser und sein Organ, der Minister des Innern, nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen und daß der russische Friede nur die Einleitung zum allgemeinen Frieden sein soll. Zweitens ist festgelegt worden, daß Czernin das, was er wiederholt ausgesprochen hat und wovon man befürchtet hat, er sei davon abgekommen, festhält: Abrüstung und Schiedsgerichte. Graf Czernin hat das noch einmal festgelegt. Das dritte ist — und das ist das Wichtigste, worauf es im Augenblick ankommt — das Verhältnis zu P o l e n. Hier haben wir jetzt ein bindendes Versprechen. Man kann nicht mehr wegen der polnischen Sache dem Frieden entgegenwirken. Die gestrige Erklärung Czernins war ja schon eigentlich eine Antwort auf unsere Wünsche. Die Worte „Ich halte und bürgere“ sind etwas, was als Antwort auf die Wünsche streitender Arbeiter in Oesterreich noch nicht gesagt wurde. Die Demokratie steht im dritten und vierten Punkte, Gemeindevahlrecht und Arbeiterrecht, und hier ist ein entscheidender Fortschritt erreicht worden. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß es uns nicht einfällt, ihn als letzte Errungenschaft anzusehen. Unsere Abschiedsworte waren: „Das war das dünne Ende des Reiles, es kommt noch ein anderes. Das Bewußtsein der Herren ist schon, daß das der Beginn der Untertreibung des Staates ist.“

Am haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratsschläge zu geben, aber meine Meinung ist: Eine Situation ist auszunutzen bis zum Neuesten; aber wenn das geschehen ist, soll man nicht weiter riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Wir wollen nicht sagen, daß wir weiter kämpfen, weil wir vielleicht mehr gewinnen können. Wir können sogar etwas verlieren: das Vertrauen zu unserer Besonnenheit, Klugheit und Verantwortunglichkeit. Wir können sagen: für die drei Tage Kampf haben wir etwas erreicht. Gehen wir nun, und wenn es nötig ist, werden wir wieder da sein. Es ist nicht alles erreicht worden, doch was wir erreicht haben, ist nichts Kleines für die Arbeiter, die unter dem Militärrecht stehen und für diejenigen, die sich von heuchlerischen und beschränkten Speichern müssen göngeln lassen. Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind auch noch auf der Welt! (Stürmische Zustimmung.)

Auf eine Anfrage des Genossen Lehner über die Möglichkeit eines baldigen Abschlusses des allgemeinen Friedens erwidert Genosse Adler, daß er die feste Ueberzeugung habe, daß die Verhandlungen in Prest-Bittowst nicht abgebrochen werden und daß von beiden Seiten die Gelegenheit werde genutzt werden, die Frage des allgemeinen Friedens zur Erörterung zu bringen. Der Weg zum Frieden ist nicht einfach und kurz, darum tut etwas Selbstbeherrschung und Zurückhaltung mal.

Spielmann:

Als Vertrauensmann der Arbeiter kann ich mich mit den Mitteilungen des Genossen Seig nicht für befriedigt erklären. Man muß sich nur vorstellen, wie meine Aufnahme unter den Genossen sein wird, wenn ich ihnen mitteilen werde, daß die Arbeit auf der und der Grundlage aufgenommen werden soll.

Joris (Wiener-Neustadt):

Um 9 1/2 Uhr nachts beantragt Steiner die Unterbrechung bis 9 Uhr früh, Genossin Lipva verlangt demgegenüber die Fortsetzung der Sitzung. Der Antrag auf Aufhebung der Sitzung wird abgelehnt.

Gill Lipva:

Ich möchte Sie fragen, ob am ersten Tage schon so viel Menschen an der Bewegung teilgenommen haben wie heute. Wir müssen uns die Wahrheit sagen, weil wir die Verantwortung tragen für den Ausgang einer Massenbewegung. Es wäre für uns ein Kinderspiel, morgen die Leute zu allen möglichen Taten aufzustacheln. Wer mer könnte die Verantwortung tragen für alles, was geschehen könnte?

Aber sie allein sind zu wenig! Wir heißen Anerkennung für jede Arbeit und können sie den Genossen, die drei Tage für uns gewirkt und das gute Ergebnis gebracht haben, auch nicht weigern. Vergessen Sie nicht, daß so viele Frauen im Ausland sind, die vielleicht nicht durchwegs ins Unbegrenzte darin verharren können. Es ist der Regierung gezeigt worden, daß die Arbeiter bereit sind, zu kämpfen. Der Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt, die den Kampf begonnen hat, danken wir dafür. Der ganze Erfolg steht nicht in den Erklärungen der Minister. Wenn zum Beispiel das Ende der Militarisierung noch nicht ausgesprochen ist — die traffen Ueberarbeits, die begangen wurden, werden sich nicht wiederholen.

Wenn unsere Strafsprobe nicht an Gewicht verliert, so werden wir im Interesse der heiligen Sache, für die wir in den Ausland getreten sind, die Ergebnisse annehmen. (Stürmischer Beifall.)

Byrava:

Mit der Antwort des Grafen Czernin können wir uns wohl zufrieden geben. Was die Entmilitarisierung dagegen betrifft, können wir auf künftige Gehe nicht warten. Wir werden weiter unterdrückt sein und unter der Militarisierung schwächen. Unsere Vertrauensmänner, die uns die Antwort des Ministerpräsidenten gebracht haben, sollen wieder zurückgehen und ihm sagen, daß wir mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Und dann sollen sie auch wegen der Opfer der Prager und Piskner Streikflucht sprechen.

Rychal:

Niemand hat eine andere Antwort erwarten können und wir wissen, daß unsere Genossen nicht mehr erreichen konnten. Vorichtige Vertrauensmänner werden auch den Genossen schon von vornherein gesagt haben, daß es sich nur darum handelte, den Frieden zu bieten und einen Druck auf die Regierung auszuüben. Da die Regierung in der Lebensmittelfrage nichts tun kann, müssen wir die Forderung nach dem Achtstundentag als Konzession verlangen und müssen auch eine Antwort auf diese Forderung von ihr verlangen!

Rober:

Die eigentliche Ursache des Ausstandes war der Wille zum sofortigen Frieden. Wenn ich es auch selbst lieber gesehen hätte, wenn wir mehr erreicht hätten, so werde ich es doch als meine ehrliche Pflicht ansehen, vor die Genossen hinzutreten und ihnen zu sagen, daß wir uns doch zufrieden geben sollen. Und wenn wir nichts anderes erreicht hätten als das, daß sich österreichische Minister bequemen, mit Arbeitern direkt zu verhandeln, dann haben wir einen Erfolg gehabt, einen Erfolg unserer Macht. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Renner:

Diese Nacht wird in der österreichischen Arbeiterbewegung denkbar werden. Mit dieser Bewegung ist die österreichische Arbeiterschaft nach langer Zeit wieder in Aktion getreten, und dieser erste Schritt wird wohl nicht der letzte sein. Die Genossen sind gewiß erregt, aber die Leidenschaft wäre ein gefährlicher Raubeber, die Leidenschaft, die wir von beiden Seiten sichtbar haben. Was wir brauchen, ist die Erwägung des Vertrauensmannes, wie weit die Bewegung geht, wie stark sie ist wie weit sie auszuhalten kann, welche Ziele sie sich setzen, welche erreichbar sind, welche vertagt werden müssen. Wenn uns ein Genosse hier so geschickt hat, wie schrecklich es ist und was wir alles verlangen müssen, würden wir uns nur beruhigen und nicht beschließen, was den Umständen angemessen ist. Wir müssen den Neustädtern danken, daß ihre Aktion zu den Zugeständnissen geführt hat, die wir schon haben. Man kann aber eine solche Bewegung nur führen, wenn auch die hinten nachkommen können, die Arbeiter, die noch nicht so weit vorgeschritten sind. Denn wenn die nicht nachkommen oder abdrücken, kommt die Gefahr des Zusammenbruchs.

Vergessen wir nicht, die bürgerlichen Parteien werden gegen das, was uns zugeht, antizipieren und dann müssen wir es verteidigen, und da können wir nicht die Bewegung jetzt einstellen auf einen Kampf von Wochen und Monaten, bis die Militarisierung beseitigt, die Gemeindevahlreform wahrheit ist. Da möchte ich nicht, daß der erste Schritt, den wir machen, im Erfolge gefährdet wird. Wenn aber diese Bewegung hinaus,